

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker **Lobeck's** Marke: Dreiring

Fondant-Chocolade	per Tafel 50 Pf.
Rahm-Chocolade	
Bitter-Chocolade	
Cacao	per 1/2 Kg. Dose 2,40 M.
Dessert	per Carton 2,3 u. 4 M.

Begleit-Beilage
 enthält die Tages-
 und Wochen-
 Nachrichten aus
 dem Reichstag
 und den Provinzen
 sowie die Dresdner
 Nachrichten.
 Die bei den Lesern
 von Dresden u. Umgebung
 am Tage vorher zu
 erhaltenden Übersichten
 enthalten die wesentlichen
 Nachrichten mit
 der Tages- und
 Wochenübersicht.
 Nachdruck nur mit
 schriftlicher Genehmigung
 (Dresd. Stad. 7) ge-
 stattet. — Unentgeltliche
 Abonnements werden
 nicht aufgenommen.

Kunzeigen-Zariff.
 Anzeigen von An-
 nungen bis 1000
 3 Uhr, Sonntags nur
 11 bis 12 Uhr. Die
 empfangene Beilage
 (ca. 8 Seiten) 30 Pf.,
 Familien-Nachrichten
 aus Dresden 25 Pf.,
 die zweifache Beilage
 auf 2000 bis 3000 Pf., die
 dreifache Beilage 3000
 bis 4000 Pf., die vier-
 fache Beilage 4000
 bis 5000 Pf., die fünf-
 fache Beilage 5000
 bis 6000 Pf., die sechs-
 fache Beilage 6000
 bis 7000 Pf., die sieben-
 fache Beilage 7000
 bis 8000 Pf., die acht-
 fache Beilage 8000
 bis 9000 Pf., die neun-
 fache Beilage 9000
 bis 10000 Pf.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.
 Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
 Marienstraße 38/40.



Zacherlin

aber nur in Flaschen, wo Plakate aushängen.



Lederwaren

Hochelegante Neuheiten feiner, solider
 Luxus- u. praktische Artikel in jeder Preislage
Oskar Zscheile
 Prosektor 13 Ecke Poststraße

Kräuter-Malkur

Sarsaparill-
 Schutzmarke Dr. Brandes, laktischer, konzentrierter, Kräuterstoff zur S.-
 Reinigung u. Aufrechterhaltung des Blutes u. der Nerven. Zur Vorbeugung geg. Krankheiten
 (sind) Malakur seit alters her gebräuchliches Volksmittel. Flasche für mehrere Tage
 ausreichend, 1,20 M., verpackt 1,30 M., letzterer auch als Ersatz für Branneken
gegen Kopulenz
 empfohlen.
Salomonis-Apotheke, Dresden-A., Neumarkt 8.
 Generaldepot und Versand:

Tuchwaren.

Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise.

C. H. Hesse Nchf.,

Marienstr. 20, 3 Kaben.

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Witterung: Nordwestwinde, kalte Temperaturveränderung.
 Excellenz Dr. Mehnert begeht Dienstag, den 7. Mai, seinen 60. Geburtstag.
 Warrer Traub hat beim Evangelischen Oberkirchenrat Berufung gegen das Breslauer Urteil eingelegt.
 Die italienische Flotte hat auf der Insel Rhodos Truppen gelandet.
 Die in England und in den Vereinigten Staaten verankerten Sammlungen für die Hinterbliebenen der „Titanic“-Opfer haben bisher die Summe von 7 800 000 Mark erreicht.
 Zwei marokkanische Volksstämme haben den heiligen Krieg gegen die Franzosen erklärt.

harmlos oder weittragend?

Der Reichstag hat über den ersten Teil der von der Kommission angenommenen Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung des Hauses beraten und die Abstimmung bis Mitte nächster Woche ausgesetzt. Bei diesen Anträgen handelt es sich um die Einführung der sogenannten „kurzen Anfragen“ und um die Erweiterung des Interpellationsrechtes des Parlamentes. Von Seiten der radikalen Linken wird mit großer Beflissenheit der Versuch gemacht, die ganze Aktion als ungemein „harmlos“ hinzustellen, und im Anschluß daran wird allen von der rechten Seite mit noch so sachlichen überzeugenden Gründen geltend gemachten Bedenken der sattsam bekannte „reaktionäre“ Beweggrund untergeschoben. Um ein richtiges Urteil über die Tragweite dieses von der Linken unternommenen Vorstoßes zu gewinnen, muß man sich vor Augen halten, daß die ersten Ausläufer der jetzigen Anträge in die Zeit der Novemberkrisis 1908 zurückzuführen. Die damaligen Ereignisse, die übrigens durch spätere Veröffentlichungen von berufener Seite auf ihr wahres Maß zurückgeführt worden sind, erzeugten in weiteren Kreisen eine Stimmung, die der von der Linken erhobenen Forderung auf Erweiterung der Rechte des Reichstages zum Schutze gegen angebliche „diktatorische Willkür“ günstig war. Als dann die allgemeine Erregung sich beruhigt hatte und das Verhältnis zwischen Kaiser und Volk dank dem hochherzigen und selbstüberwindenden Entgegenkommen des Monarchen wieder auf der Grundlage des alten Vertrauens hergestellt war, schien die ganze Sache im Sande verlaufen zu sollen, bis jetzt die Parteien der Linken angesichts der neuen ihnen günstigeren Zusammenlegung des Reichstages den Augenblick für gekommen erachteten, um mit erneuertem Eifer denselben Jaden fortzuspinnen.

Kann so nach der ganzen Entscheidungsgeschichte der Angelegenheit kein Zweifel darüber obwalten, daß man es hier mit einem planmäßigen Vorgehen der Linken in dem Sinne zu tun hat, daß damit der erste Leiste Anstoß zu dem erhofften parlamentarischen System gemacht werden soll, so erscheint auch das grundsätzliche Mißtrauen, das alle auf die Erhaltung des streng konstitutionellen, eine starke monarchische Regierungsgewalt voraussetzenden Verfassungsprinzips bedachten patriotischen Kreise den Kommissionsanträgen entgegenbringen, vollauf begründet. Gleichwohl heben auch die Parteien der Rechten den Anträgen objektiv genug gegenüber, um sie nicht von der Schwelle aus in Vorschub und Vogen abzulehnen, sondern ihnen eine unparteiische Würdigung angedeihen zu lassen und, soweit als möglich, den sachlichen Kern herauszuschälen. Von diesem Standpunkte aus haben die beiden konservativen Fraktionen sich für die Einführung der „kurzen Anfragen“ unter der Bedingung ausgesprochen, daß dabei kein Eingriff des Reichstages in bundesstaatliche Verhältnisse und in schwebende Gerichts-, Verwaltungs- oder Disziplinarverfahren stattfindet. Der Standpunkt der Regierung, wie er in der Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück präzisiert worden ist, deckt sich mit der konservativen Auffassung in allen Punkten. Leider haben die Nationalliberalen sich nicht bewegen gefunden, dem einschränkenden konservativen Zusatzantrage ihre Zustimmung zu geben. Es ist also damit zu rechnen, daß die „kurzen Anfragen“ schlechweg ohne die von der Regierung in Uebereinstimmung mit der Rechten gewünschte Einschränkung angenommen werden, und der Reichstag würde dann um die geschäfts-

ordnungsmäßige Neuerung bereichert sein, daß an zwei Sitzungstagen jeder Woche je die erste Stunde der Sitzung durch derartige Anfragen ausgefüllt werden kann, die der Reichskanzler schriftlich oder mündlich beantwortet, falls er nicht eine Antwort überhaupt ablehnt. Eine Besprechung ist bei diesen Anfragen ausgeschlossen.

Daß die „kurzen Anfragen“ bei verständiger und lokaler Handhabung sich als zweckmäßig erweisen können, wird auch von konservativer Seite nicht unbedingt geleugnet. Unter Umständen kann auch auf diesem Wege rasch und authentisch eine Aufklärung erlangt werden, welche die durch falsche Pressemeldungen beunruhigte öffentliche Meinung gründlich informiert und die in ihrer Art viel gründlicher und überzeugender wirkt, als das übliche Spiel mit offiziösen Erklärungen gemundenen Inhalts. Auf der anderen Seite ist aber auch nicht zu verkennen, daß die radikale Linke dadurch eine Handhabe mehr erhält, um aus amtlichen Antworten auf „kurze Anfragen“, die den extremen Zwecken nicht genügen, in der Presse agitatorisches Kapital zu schlagen, wobei dann dafür gesorgt werden wird, daß die Anfragen von vornherein in entsprechend tendenziöser Art gestellt werden. Auf nationalliberaler Seite wird man natürlich derartige rein agitatorische Beweggründe nicht ohne weiteres voraussetzen dürfen. Die Erlöschung lehrt aber befanntlich, daß böses Beispiel ansteckend wirkt, und so könnte es denn leicht geschehen, daß ein von der extremen Linken mit den „kurzen Anfragen“ getriebener Mißbrauch die Nationalliberalen wider ihren Willen in solch verhandenen parteipolitischen Interesse zu einem Wettlauf nach dieser Richtung veranlassen würde. Auch könnte vielleicht bei den Nationalliberalen die Hoffnung mitstreifen, mit Hilfe geschickt vorgeschobener „kurzer Anfragen“ die leitenden Stellen so zu bestürmen, daß diese dadurch geneigt gemacht würden, dem Liberalismus einen größeren Einfluß auf die Regierungsgeschäfte einzuräumen. Eine solche Entwicklung würde dann wiederum der Annäherung zwischen rechts und links nicht förderlich sein.

Man sieht also, daß auch die „kurzen Anfragen“ ihre Schattenseiten haben. Kann man sich aber zur Not mit diesen noch bedingungsweise einverstanden erklären, so ist das ganz und gar nicht der Fall mit der von der Linken noch ferner erhobenen Erweiterung des Interpellationsrechtes, die darin gipfelt, daß der Reichstag das Recht erhält, durch Anträge im Zusammenhange mit der Besprechung einer Interpellation festzustellen, daß die Auffassung des Reichskanzlers den Anschauungen des Reichstages entspricht oder ihnen zuwiderläuft. Eine solche „Zerstückelung“ des Reichstages bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als ein zwar formell verhängenes, aber sachlich nicht wegzudisputierendes Vertrauens- oder Mißtrauensvotum gegenüber dem obersten verantwortlichen Beamten des Reiches. Mit dieser Neuerung kann sich kein auf die vorbestehende Natur des konstitutionell-monarchischen Charakters des Reiches bedachter Patriot einverstanden erklären, weil sie ganz ohne Frage unser verfassungsmäßiges Leben auf seiner bisherigen, unserer gesamten nationalen Eigenart entsprechenden Bahn herauswirft und es auf das Statteins des parlamentarischen Systems führt. Man will durch die Einrichtung des Mißtrauensvotums einen parlamentarischen Einfluß auf die Entlassung eines der Linken unliebhabenen Kanzlers gewinnen: das ist des Pudels Kern. Es ist daher nur zu begreiflich, daß die Reichsregierung gleich bei der Beratung der „kurzen Anfragen“ Gelegenheit genommen hat, durch den Mund des Staatssekretärs Dr. Delbrück kurz darauf hinzuweisen, daß die Geschäftsordnung des Reichstages nur einseitiges Recht für ihn und seine Mitglieder schafft, und daß somit Abänderungen der Geschäftsordnung weder eine Erweiterung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages, noch eine Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers herbeiführen und also auch irgendwelche staatsrechtlichen Konsequenzen für die Stellung des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstage nicht haben können. Es ist dringend zu wünschen, daß von Seiten der Regierung dieser Gesichtspunkt bei der Beratung des erweiterten Interpellationsrechtes nochmals mit aller Schärfe dargelegt und betont wird. Befiehlt die Mehrheit des Reichstages tatsächlich die Einführung eines verhängenen Mißtrauensvotums gegen den Kanzler, so muß dieser einfach mit Bismarck erklären: „Mih! facimentum est“. „Mir ist die Sache schnuppel!“ Je entschiedener die Ablehnung ausfällt, desto besser. In gewissen Dingen gibt es kein Kompromiß, sondern da kann es nur heißen: „Landgraf, bleibe hart!“

Drahtmeldungen

vom 4. Mai.

Zum Streit der Rheinischer.

Böln. (Priv.-Tel.) Heber den Streit der Rheinischer wird gemeldet, daß heute auch die gesamte vom Streit betroffene Rheinische eine größere Anzahl Arbeitswillige verteilt wird. Der Regierungsvorstand hat angeordnet, daß die letzten beiden, gewalttätigen Vorgänge einen verstärkten Schutz der Arbeitswilligen auch im die Gewerkschaften angeht. Die Streitigkeiten über ein „starke Kontrolle aus, um den Zugang Arbeitswilligen abzuwehren.“

Schwerer Unfall bei einer Gefängnisübung.

Saarbrücken. (Priv.-Tel.) Bei einer Übung auf dem Exerzierplatz brach bei einem Wehrmann während des Aufmarsches im Galopp die Verbindung zwischen Probe und Probe. Die Artilleristen gerieten unter die Probe und wurden eine kurze Strecke mitgeschleift. Während einer von ihnen seinen Verletzungen erliegen ist, kamen die beiden anderen mit schweren äußeren Verwundungen davon.

Für die Hinterbliebenen der „Titanic“-Opfer.

London. (Priv.-Tel.) Die verschiedenen Subskriptionen für die Hinterbliebenen der bei der „Titanic“-Katastrophe umgekommenen Personen, die in England und in den Vereinigten Staaten eröffnet worden sind, haben bisher die Summe von 7 800 000 Mark erreicht.

Der italienisch-türkische Krieg.

Rom. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer machte der Ministerpräsident Giolitti unter allgemeinem lärmlichem Beifall davon Mitteilung, daß die italienische Flotte auf der Insel Rhodos Truppen unter General Ameglio gelandet habe. Die Ausschiffung der Truppen dauere noch fort. Die Truppen hätten keinen Widerstand gefunden.

Mulay Hafids Zukunftspläne.

Paris. (Priv.-Tel.) Sultan Mulay Hafid hatte seit dem vorigen Herbst die feste Absicht, auf die Sultanwürde zu verzichten. Er lausie sich ein Privathaus in Tanger, wo er als einfacher Rentier leben wollte, wünschte jedoch vorher inkognito in Deutschland, England, der Türkei, Ägypten und Algerien zu reisen und die Pilgerfahrt nach Mekka auszuführen. Er hatte am 17. Oktober von dem damaligen Minister des Auswärtigen des Sultans drahllich die Zustimmung zu seinen Plänen erhalten. De Selves hatte von dieser Drahtung den Ministern gegenüber nichts verstanden lassen und man erhielt davon erst Kenntnis, als Mulay Hafid sich Herrn Regnaud gegenüber auf das Telegramm berief. Auf die Befehle hin, die Polkard an Regnaud gelangen ließ, willigte dieser ein, daß Mulay Hafid sich demnächst nach Rabat begeben. Er wird dort von General Vianey erwartet, der in der zweiten Hälfte eintreffen wird.

Spanische Verstärkungen sind hier gelandet worden, weitere werden erwartet. Wie es heißt, sollen sie die mit Frankreich stützige Zone besetzen.

Halle a. S. (Priv.-Tel.) Durch die hiesige Kriminalpolizei wurde gestern Abend ein Schwindler verhaftet, der in Magdeburg unter dem Namen eines Vertrauens Mann Edward Vethusy-Duc vom 1. Garde-Mann-Regiment in Potsdam auftrat und sich mit Hilfe eines gefälschten Schecks Goldwaren und Brillanten im Werte von 1000 Mk. erschwindelte. Der Verhaftete ist ein gewisser Alfred Jahn aus Berlin.

Bremen. (Priv.-Tel.) Der Besitzer des vor Jahresfrist erstellten Schiller-Theaters ist plötzlich gestorben, ohne die fälligen Gagen bezahlt zu haben. Die Vorstellungen werden fortgesetzt und die Einnahmen zunächst zur Bezahlung der Gagen verwendet.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Der „Frankf. Bg.“ wird aus dem Haag telegraphiert: Gegenüber anderweitigen Nachrichten sei bekannt, daß die holländische Regierung und das Parlament nach wie vor die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein entschieden ablehne.

Wien. (Priv.-Tel.) Zu der Meldung, daß zwischen den Christlich-Sozialen und den Deutsch-Nationalen ein förmlicher Pakt geschlossen sei, wird heute von der Christlich-Sozialen Parteileitung erklärt, daß dies unwahr sei. Die Christlich-Soziale Partei hätte nur den Beschluß gefaßt, bei allen Reichsrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen in Zukunft vorher in Verbindung mit den Deutsch-Nationalen zu stehen, um ein gemeinsames Vorgehen bei diesen Wahlen zu ermöglichen.

Franz. (Priv.-Tel.) Die im Bankrot eingeschlossenen Beamten sind aus ihrem unfreiwilligen Gefängnis befreit worden. Die Bankfirma Anheim fandte einen Monteur von Dresden nach Franz, der das Schloss, das im übrigen unversehrt war, in wenigen Sekunden mit leichter Mühe öffnete und die Eingelassenen in Freiheit setzte.

Paris. Prinz Georg Maximilianowitsch Romanow, Herzog von Leuchtenberg, nicht, wie gestern gemeldet, Herzog Georgi Nikolajewitsch von Leuchtenberg, ist hier gestorben.